

wurden, daß ihr Zweck erreicht worden wäre. Man könne aber weder von passiver Resistenz noch von einem Vorgehen sprechen, das Gegenstand einer Disziplinaruntersuchung sein könnte.

Die Frage der Staatsbürgerschaft der anpassigen Bevölkerung werde in Kürze liquidiert werden. Die Zahl der günstigen Erledigungen von Staatsbürgerschaftsgesuchen sei von 20 Prozent im Jahre 1923 auf 78 Prozent im heurigen Jahre (bei 2031 Gesuchen) gestiegen.

Justizdebatte.

Donnerstag vormittags ging die Justizdebatte im Budgetausschuß weiter. Selbst am Abend nach der Hausführung wurde der Ausschuß nochmals einberufen, um die abschließenden Ministerreden zum Kapitel Justiz und Unjustiz entgegenzunehmen.

Genosse Salfß

urteilt in der weiteren Debatte die rasche Durchführung der Preßgesetzreform und sprach sich entschieden dagegen aus, daß der vom Justizministerium ausgearbeitete Entwurf irgendwie verschlechtert wird.

Gegen die Handhabung des Schutzgesetzes, welche die schlimmsten Befürchtungen übertrifft.

für die Republik besteht nicht die geringste Gefahr und doch wird von den Gerichten die unhaltbare Praxis beibehalten, welche sich in der Zeit des Bürgerkriegs eingebürgert hat. Wir verlangen, daß das Schutzgesetz nicht länger mißbraucht wird, die politische Befreiung oppositioneller Redner zu bestrafen.

Abschluß der Jugenddebatte.

Prag, 23. Oktober. Der Außenausschuß des Abgeordnetenhauses hat gestern in einer bis halb 12 Uhr währenden Nachsitzung die Aussprache über das Benes-Exposé beendet.

In einem Schlusswort verteidigte der Außenminister seinen Optimismus, der ihm schon durch zwölf Jahre immer wieder zum Vorwurf gemacht werde. Er habe in Genf den Ruf, in der Beurteilung der internationalen Ereignisse und Fragen ruhig und sachlich objektiv zu sein.

Später erging sich Benes ausführlich über die de jure-Anerkennung Rußlands, die man nicht politisieren sollte; auch sollte man ihm wegen des Volk nicht in zwei Lager spalten. Es gehe schließlich nicht nur um Rußland, sondern auch um den Zugang nach Persien, Afghanistan und Indien, und zwar hauptsächlich um diesen Transit.

Von den Prager Demonstrationen

und ihren Verteidigern im Regierungslager rückt Benes ganz energisch ab. Solche Demonstrationen könne eine Oppositionspartei machen, die Koalitionspresse dürfe aber derartige nicht unterstützen.

Gelbsthilfe der Verbraucher.

„Freiheit, ich möchte sie auch! Ja! Aber! — O spare die Worte! An dem Überleptert jede Gesundheit und Kraft. Glasbrenner.“

Die Nachkriegswirtschaft der Länder Europas stand im Zeichen der Konzentration des Kapitals. Gegenüber dem mächtigen Konkurrenten, der der europäischen Wirtschaft in der Gestalt des Kapitalgiganten der amerikanischen Wirtschaft erwachsen ist, fühlt es der Kapitalismus in Europa immer mehr als ein erstes Gebot, den Kampf um seine wirtschaftliche Selbständigkeit aufzunehmen.

Wenn wir die Bestrebungen aller Zweige der Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Umwelt auf einen Generalnennern bringen, dann können wir sagen, daß er der Kampf und die Erhaltung, bzw. Steigerung des Lebensstandards ist. Ist es das Bestreben der sozialdemokratischen Partei all die legislatorischen Voraussetzungen und Bedingungen dafür zu schaffen, so fallen den Gewerkschaften und den Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, den Konsumgenossenschaften, die eigentlichen „praktischen“ Aufgaben zu.

Ist es unter der aufgeklärten Arbeiterschaft Selbstverständlichkeit, der Partei und Gewerkschaftsorganisation als tätiges Mitglied anzugehören und zu wirken, so wird der Wert des

Denker einem Kulturinstitut gehörten, so sei es eine kulturelle Barbarei. Offen gab Benes auch zu, daß die Redungen über die Prager Demonstrationen in Genf, wo man gerade die Minoritätendeckelung abführe, einen größeren Schaden angerichtet hätten als Monate und Jahre gegnerischer Propaganda.

genossenschaftlichen Zusammenschlusses noch häufig gering eingeschätzt. Viel zu oft wird die wirtschaftliche Funktion der Konsumgenossenschaft der des privaten Handels gleichgestellt, ohne Rücksicht auf die grundsätzliche Verschiedenheit beider.

Die Konsumgenossenschaften sind jedoch nicht um ihres im weiteren Sinne des Wortes sozialistischen Charakters willen geschaffen worden, sie stellen vielmehr Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher dar, die den Konsumenten unmittelbare Hilfe bringen. Allenfalls sind die Konsumgenossenschaften bestrebt, den Verbrauch der breiten Schichten der Bevölkerung zu erfassen und die Versorgung unter Ausschaltung jeglichen Profites zu organisieren.

(Schluß folgt.)

Die „unpolitische“ Kirche. Für Seipel, Vaugin und die Heimwehrbanditen!

Wien, 23. Oktober. Die Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreichs haben an das katholische Volk einen Hirtenbrief erlassen, worin sie die Gläubigen in ganz Oesterreich auffordern, bei den bevorstehenden Wahlen bloß „wahrhaft christliche und lichte neue Männer“ zu wählen.

Die beiden Internationalen beraten.

Zürich, 23. Oktober. Auf Anregung des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Citrine, findet am 29. d. M. in Köln eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Internationalen statt.

Die Lords für Chaim Weizmann.

London, 23. Oktober. Die drei Führer der konservativen Partei Baldwin, Chamberlain und Amery sehen sich durch den Rücktritt Dr. Weizmanns zu einem Vorstoß gegen die Regierung MacDonalds veranlaßt. In einem Schreiben an die „Times“ bringen sie ihr tiefes Bedauern über diesen Rücktritt zum Ausdruck. Sie betonen, daß sie sich der mit den Palästinaamtandaten übernommenen und bisher von jeder britischen Regierung eingehaltenen zweiseitigen Verpflichtung Englands gegenüber Arabern und Juden vollumfänglich bewußt seien.

Jahresversammlung der deutschen sozialdemokratischen Juristenvereinigung.

Unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Czech wurde am 18. d. M. in Leipzig-Schönau die diesjährige Jahresversammlung der deutschen sozialdemokratischen Juristenvereinigung abgehalten. Nach einem Nachruf für den im Berichtsjahre auf tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Genossen Dr. Otto S r a r s h, Amtsdirektor der Stadt Vödenbach, erstattete Schriftführer Genosse Dr. W i e n e r den Bericht über die umfangreiche Vereinsaktivität des Berichtsjahres, wobei er die ausgedehnte Mitwirkung der Juristenvereinigung an den legislativen Arbeiten unserer Partei und der parlamentarischen Klubs (Jugendgerichtsgesetz, Jugendschutzgesetz, Reform der §§ 144 ff. des Strafgesetzes, Preßreform, Adolfsordnung, Verfahren außer Streitfachen, Konfusionsordnung) hervorhob.

Nach Genehmigung des Kassaberichtes erstattete, von der nicht nur von Mitgliedern, sondern auch von führenden Gewerkschaftsfunktionären stark besuchter Versammlung lebhaft begrüßt, der Geschäftsführer unserer reichsdeutschen Brudervereinigung, Genosse E. R u b e n aus Berlin, ein Referat über „Arbeitsgerichte“.

Der Vortragende, der sich auf Grund seiner praktischen Erfahrung — er ist Vorsitzender des Landesarbeitsgerichtes Berlin — vornehmlich mit reichsdeutschen Verhältnissen befahte, schilderte die in den letzten Jahren eingeführte, moderne Arbeitsgerichtsbarkeit Deutschlands, ihre Allgemeinheit, ihr rasches Funktionieren, die Mitarbeit der Gewerkschaften an ihrem Aufbau, die Formfreiheit ihres Verfahrens, die Verschärfung der Rechtsmittel.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine rege Debatte, in der auch sehr viele, von der Stellungnahme des Vortragenden wesentlich abweichende Meinungen zum Ausdruck gebracht wurden. Neben einer ganzen Reihe von Mitgliedern beteiligten sich an der Debatte die als Gäste erschienenen Genossen Abg. Roscher, Abg. Pohl, Weigl und Köhler (vom Verband der Beschäftigten).

Nach dem Schlussworte des Referenten wurde über Vorschlag des Genossen Dr. Czech beschlossen, die Ergebnisse der Beratungen schriftlich festzulegen und im Einvernehmen mit den Gewerkschaften dem Justizministerium zur Kenntnis zu bringen.

Bei den darauf durchgeführten Neuwahlen des Vorstandes wurde Genosse Dr. Czech wiederum zum Obmann der Vereinigung gewählt.

Wer ist schuld an der Agrarkrise?

Die tschechischen Agrarier — sagen die Landwirter.

Das Organ des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler, „Der kleine Landwirt“, macht darauf aufmerksam, daß durch die Provinzialblätter des Bundes der Landwirter eine Notiz geht, unter dem Titel „Die tschechischen Agrarier sind mit schuld an unseren trübsamen landwirtschaftlichen Verhältnissen; die Schutzpflücker führen selbst Getreide ein.“ Darin wird geschludert, wie das tschechische Unternehmen „Agrarsoj“ in Prag die Verteilung der ungarischen Getreidehandelsfirma Straffer & König in Budapest übernommen hat, für dieses Getreide aus Ungarn, Rumänien und den überseeischen Ländern in die Tschechoslowakei einführt. Im Verwaltungsrat dieses Unternehmens sitzen die agrarischen Führer M r z a l (ein Bruder des Ministerpräsidenten), K l i n d e r a, Generaldirektor D v o r a k usw. Ein anderes Unternehmen der tschechischen Agrarpartei, die „Zemka“, hat ebenfalls schon für hunderte Millionen Kronen an Vieh aus Polen und Rumänien bei uns eingeführt.

So sind es also gerade die Unternehmungen der tschechischen Agrarpartei, die den Staat mit ausländischen landwirtschaftlichen Produkten überschwämmen, aber andere dieser Handlungsweise beschuldigen. Erst unlängst haben sie sich wieder im „Venkov“ darüber empört, daß angeblich 3500 Waggons Wehl und Getreide im September 1930 mehr eingeführt wurden, als im September 1929. (Aus Spekulationsabsichten und wegen der Kündigung des ungarischen Handelsvertrages.) Sie haben aber vergessen anzuführen, wieviel von diesem Quantum das tschechische Unternehmen „Agrarsoj“ eingeführt hat. Wahrscheinlich den größten Teil.

Vlastimil Tusar wäre gestern 50 Jahre alt geworden. Man ist erstaunt, daß der Mann, der vor sechs Jahren gestorben ist und eine so bedeutende Rolle in der tschechischen Arbeiterbewegung und in der Tschechoslowakischen Republik überhaupt gespielt hat, gestern — sechs Jahre nach seinem Tode — erst 50 Jahre alt gewesen wäre. Seine Laufbahn war ungewöhnlich. Mit 31 Jahren war er Abgeordneter, mit 37 Jahren Geschäftsführer des Verbandes tschechischer Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, mit 38 Jahren Gesandter in Wien, mit 39 Jahren Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik. Wie unsere Partei durch den Tod Zeligers, hat die tschechische Sozialdemokratie durch den frühen Tod Tusars einen empfindlichen Verlust erlitten.

Tchangtaichel läßt sich taufen.

Schanghai, 23. Oktober. (Reuter.) Der Präsident der nationalistischen Regierung General Tchangtaichel empfing heute nachmittags die Taufe.

